

## +++Pressearchiv+++

Lauterbacher Anzeiger vom 24.02.2007

### **"Maßnahmen nur im Einklang mit Recht und Gesetz"**

Koalition präzisiert ihren Antrag zu Mobilfunk

LAUTERBACH (rla). In der Diskussion um die Mobilfunkversorgung in Lauterbach betonen die drei Fraktionen von CDU, FDP und FW, dass ihnen das Anliegen der Bürgerinitiative wichtig sei. Man habe sich sehr ausführlich mit den verschiedenen Schreiben und Wünschen auseinandergesetzt und suche einen Weg, wie der Mobilfunkmast versetzt werden könne. Deshalb werde man einem modifizierten SPD-Antrag mit diesem Ziel zustimmen. Allerdings müsse berücksichtigt werden, dass alle Maßnahmen im Einklang mit Recht und Gesetz ablaufen müssten.

Ein weiterer SPD-Antrag, der die Aufstellung eines Mobilfunkstandortkonzeptes mit Flächennutzungsplanänderung für Lauterbach fordere, könne ungeprüft nicht beschlossen werden. Daher hätten die drei Fraktionen in der jüngsten Ausschusssitzung mündlich einen Änderungsantrag gestellt, der jetzt präzise schriftlich abgefasst worden sei.

Der Magistrat solle jetzt beauftragt werden zu prüfen, was eine Standortanalyse für Mobilfunksendemasten durch ein Fachinstitut kostet und wie die Mittel dafür aufgebracht werden können. Weiter müsse durch ein juristisches Gutachten untersucht werden, ob Ergebnisse einer Standortanalyse (z. B. Vorrang-/Positivflächen) in einen Flächennutzungsplan aufgenommen werden und ob diese rechtswirksam umgesetzt werden können.

Es sei in der Diskussion deutlich geworden, dass für eine solche Standortanalyse für Mobilfunksendemasten erhebliche Kosten entstehen werden. Dieses Geld als freiwillige Leistung auszugeben, bedürfe einer vernünftigen Vorbereitung, wozu auch eine Kostenschätzung gehöre. Zudem sei der Nutzen einer solchen Maßnahme im Verhältnis zu den Kosten und dem Aufwand (Planerstellung und rechtliche Durchsetzungsmöglichkeiten) vorab zu prüfen. Kernpunkt werde sein, ob eine solche Analyse in einer Flächennutzungsplanänderung rechtswirksam umgesetzt werden könne, betonen CDU, FDP und FW.

Auch weisen die drei Fraktionen darauf hin, dass der Sachverhalt der Aufstellung des Blitzenröder Mobilfunkmastes schon während der Haushaltsplanberatungen im Frühsommer 2006 bekannt geworden sei.

Zudem forderten immer wieder verschiedene Gremien aus der Region einen weiteren Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen mit DSL und Mobilfunk mit UMTS für den schnellen mobilen Datenfunk. Zuletzt habe der Vogelsbergkreis in seiner Stellungnahme für den Regionalplan Mittelhessen exakt diese UMTS-Mobilfunkgewährleistung beantragt. In der entsprechenden Sitzung Mitte Oktober vergangenen Jahres sei dies einstimmig beschlossen worden. An diesem Mobilfunkbeschluss des Kreises mitgewirkt habe auch die Lauterbacher SPD-Vorsitzende und Kreistagsabgeordnete Claudia Blum, die jetzt Bedenken gegen Mobilfunk gelten mache. Der mobile Datenfunk werde aber - neben der reinen Sprachtelefonie - zunehmend an Bedeutung gewinnen: So würden beispielsweise

Geldinstitute gerade bei jüngeren Leute das "Handy-Banking" bewerben, um dort Kontostandsabfragen und Überweisungen zu tätigen ("Gut für dich, wenn du auf dein Handy nicht mehr verzichten willst").

+++++

+++ Bürgerwelle Lauterbach +++ Sonnenweg 43, 36341 Lauterbach +++  
Ansprechpartner: Klaus Euler +++ Telefon (06641) 5816, Fax (06641) 918 884 +++  
Internet: [www.buergerwelle-lauterbach.de](http://www.buergerwelle-lauterbach.de) +++ eMail: [info@buergerwelle-lauterbach.de](mailto:info@buergerwelle-lauterbach.de)

**Wer ist die Bürgerwelle?** Die Bürgerwelle ist ein Zusammenschluss von Bürgern in Lauterbach, die dafür eintreten, dass keine Mobilfunkanlagen in Wohngebieten und sensiblen Bereichen wie Kindergärten, Altenheimen und Schulen errichtet werden. Die Bürgerwelle fordert, dass die Stadt Lauterbach eine intelligente und gesundheitlich unbedenkliche Standortpolitik für Mobilfunkanlagen betreibt.

+++++